

Unternehmensappell

Die Transformation als Jahrhundertprojekt: Was die Wirtschaft von der Politik braucht

Initiiert durch:



Stiftung
KlimaWirtschaft

Unterzeichnet von:



Unser Wirtschaftsmodell steht so sehr unter Druck wie seit Jahrzehnten nicht.

Die Ereignisse und Krisen der letzten Jahre haben viele Versäumnisse in der deutschen Wirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik wie durch ein Brennglas verstärkt. Die damit einhergehende soziale Sprengkraft ist gewaltig. Die neue Rechte macht sich dies zunutze und bedroht neben unserer Demokratie auch unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Als progressive Wirtschaft bekennen wir uns zum Standort Deutschland und zu unserer Demokratie.

Wir stehen voll und ganz hinter der Transformation und möchten diese so gestalten, dass sie die gesamte Gesellschaft mitnimmt und für alle erfolgreich wird. Die Klimafolgeschäden eines ungebremsten Anstiegs globaler Temperaturen sind unabsehbar. Deshalb kann unser ökologisches und ökonomisches Handeln nur in eine Richtung führen: zur Klimaneutralität. Unser wirtschaftliches Überleben als Standort hängt auch davon ab, ob es uns gelingt, dieses Ziel zu erreichen. Wir müssen uns von nachfolgenden Generationen daran messen lassen.

Für uns muss die Transformation zu einem Business Case werden.

Als Unternehmen optimieren wir konsequent unsere Geschäftsmodelle und investieren in nachhaltige Prozesse und Lösungen. Die Kombination aus gut ausgebildeten Fachkräften, Ingenieurskunst und Kreativität gibt uns in Deutschland alle Möglichkeiten, in der globalen Transformation eine entscheidende Rolle zu spielen. Weder Regierung noch Opposition gelingt es derzeit, diese Chance für Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz, gute Jobs und Wohlstand zu vermitteln.

Stattdessen lähmt die herrschende Stimmung die Reformbereitschaft im Land.

Andere Staaten wie China und die USA investieren gewaltige Summen in die Transformation. Bei uns dagegen herrschen Unsicherheit und Skepsis. So wird die größte industrielle Transformation seit 100 Jahren nicht in Deutschland stattfinden.

Was wir jetzt benötigen, ist ein übergreifender Schulterschluss der demokratischen Parteien

sowie ein politischer Rahmen, der über mehrere Legislaturperioden hinweg Bestand hat. Denn Transformationsprozesse und die notwendigen Investitionsentscheidungen sind auf 20, 30 oder 40 Jahre angelegt und können nicht nach jedem Regierungswechsel angepasst oder gar revidiert werden. Gemachte Zusagen können und dürfen nicht zurückgenommen werden.

Die Politik muss jetzt die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen planbar, konsequent und im Einklang mit den deutschen Klimazielen gestalten. Verlässliche Perspektiven bieten Unternehmen Planungs- und Investitionssicherheit und halten rechtsextreme politische Ränder sowie populistische Stimmen klein. Demokratie ist ein Standortfaktor.

Als Wirtschaft brauchen wir von der Politik:

1. Ein gemeinsames Leitbild für 2045:

Bundesregierung und demokratische Opposition müssen jetzt ein gemeinsames Leitbild für 2045 entwickeln – wenn Deutschland klimaneutral sein soll. Die 2020er Jahre sind entscheidend, um dieses Ziel zu erreichen. Wir brauchen einen Transformations- und Energiekonsens auf dem Weg zu net zero. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, eine Transformationskommission aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft einzuberufen.

2. Wettbewerbsfähige Energiepreise:

Die Transformation der Gesellschaft und der Industrie erfordert große Mengen an grüner Energie. Nur wenn nachhaltiger Strom und grüner Wasserstoff zu international wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung stehen, kann die Industrie die Transformation umsetzen und Arbeitsplätze erhalten.

3. Eine Weiterentwicklung der Schuldenbremse:

Die Transformation der Wirtschaft wird massive – vor allem finanzielle – Ressourcen benötigen. Wir fordern deshalb einen haushaltspolitischen Rahmen, um Investitionen hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu ermöglichen, die wiederum Folgeinvestitionen der Privatwirtschaft auslösen.

4. Einheitliche Standards und Leitmärkte:

Effiziente Regulierungen und Standards reduzieren Unsicherheiten. Deshalb fordern wir einen effektiven CO₂-Preis und grüne Leitmärkte. Diese müssen international harmonisiert werden, damit Europa nicht die Wettbewerbsfähigkeit verliert. Die Anstrengungen, einen einheitlichen CO₂-Preis international einzuführen, müssen intensiviert werden. In die öffentliche Beschaffung und staatliche Kapitalanlagen müssen einheitliche Nachhaltigkeitsstandards als Pflichtkriterien für die Vergabe aufgenommen werden.

5. Weniger Bürokratie bei Bund, Ländern und Kommunen:

Wir müssen in eine vollumfänglich digitalisierte Verwaltung und in gut ausgebildete Fachkräfte in den zuständigen Behörden investieren. Genehmigungsprozesse und Fördermaßnahmen müssen in allen Bereichen beschleunigt, vereinheitlicht und vereinfacht werden.

6. Eine sozialverträgliche Transformation:

Transformation bedeutet Veränderung – nicht nur für die Wirtschaft, sondern für uns alle. Die Politik muss die Umsetzung sozialverträglich gestalten, einkommensschwache Gruppen aktiv entlasten und für Akzeptanz werben.

Fest steht: Deutschland darf im Jahr 2024 nicht da weitermachen, wo es im Jahr 2023 aufgehört hat. Mit Mut und Entschlossenheit können wir die anstehenden Herausforderungen einer Transformation im gesellschaftlichen Konsens meistern – im Interesse unserer aller Zukunft.